



Sitzungsvorlage

Nr.:	112/2005
ausgefertigt am:	09.06.2005
Fachamt:	Sozialplanungsreferat
zu beteiligende Gremien:	<ul style="list-style-type: none">– Ausschuss für Soziales, Familie, Gesundheit und Gleichstellung– Kreisausschuss– Kreistag

Kündigung des Vertrages zwischen dem Landkreis Cuxhaven und dem Betreuungsverein für den Landkreis Cuxhaven e. V.

Am 01. Januar 1992 trat das Gesetz zur Reform des Rechts der Vormundschaft und Pflegschaft für Volljährige in Kraft. Für die kommunale Arbeit auf dem Gebiet der bisherigen Vormundschaften und Pflegschaften für Erwachsene bedeutete das Gesetz einen tiefen Einschnitt. Die Vormundschaft wurde abgeschafft und durch die Betreuung ersetzt. Die persönliche Betreuung für die einzelne Person rückte damit in den Vordergrund, die Geschäftsfähigkeit der betreuten Person blieb erhalten. Der Landkreis Cuxhaven wurde zuständig für die Aufgaben nach dem neuen Betreuungsbehördengesetz. Danach musste der Landkreis grundsätzlich die Betreuungen selbst übernehmen, für die sich kein geeigneter Betreuer fand. Da eine wie vom Gesetzgeber nach dem neuen Betreuungsgesetz geforderte persönliche Betreuung die personellen Möglichkeiten der Betreuungsstelle überfordert hätte, sollten gemäß § 6 des Betreuungsbehördengesetzes die Betreuungsbehörden die Tätigkeit einzelner Personen und gemeinnütziger Organisationen zugunsten Betreuungsbedürftiger anregen und fördern. Den Betreuungsvereinen sollte dabei eine wichtige Bedeutung zukommen. Sie sollten gut motivierte und informierte Betreuungspersonen in möglichst großer Zahl für die Anforderungen der Betreuungsarbeit finden, ausbilden und fortbilden.

Der Landkreis Cuxhaven initiierte daraufhin die Gründung des Betreuungsvereins für den Landkreis Cuxhaven e. V. und schloss mit dem Verein einen Vertrag zur Durchführung der Betreuung im Landkreis Cuxhaven. Nach § 5 des Vertrages trägt der Landkreis Cuxhaven die nicht gedeckten laufenden Personal- und Sachkosten des Vereins. Im Januar 1996 wurde der Vertrag geändert, der Verein erhielt die Genehmigung, Mitarbeiter auf Honorarbasis und auf Geringverdienerbasis zu beschäftigen, die einen Anteil ihres Umsatzes an den Verein für Serviceleistungen zu zahlen hatten. Seit 1997 ist der Verein nicht mehr auf Zuschüsse des Landkreises angewiesen.

Der Verein finanziert sich zum überwiegenden Teil aus der Vergütung für Betreuungen, die der Verein mit eigenem Personal durchführt und dem Aufwendungsersatz, den die freien Mitarbeiter für Serviceleistungen an den Verein bezahlen. Der Verein hatte zeitweise mehr als 20 freie Mitarbeiter; zuletzt waren es 17 Mitarbeiter. Der Betreuungsverein rechnet die erbrachten Leistungen mit den Gerichten ab und sorgt durch eine Zwischenfinanzierung für ein regelmäßiges Einkommen der freien Mitarbeiter, unabhängig von den Zahlungseingängen aus der Justizkasse. Die freien Mitarbeiter führen für diese Leistung und unterschiedliche Beratungen je nach abgerechneter Stundenzahl zwischen 20 % und 30 % ihres Umsatzes (733.000 Euro im Jahre 2002) an den Verein ab. Hierdurch kann der Verein seine Kosten decken.

Zum 01. Juli 2005 wird das Betreuungsrecht reformiert. Eine ganz wesentliche Änderung hat dabei das Vergütungssystem erfahren. Abgerechnet wird nicht mehr nach erbrachten Leistungen, die im Einzelnen nachgewiesen werden müssen, sondern nach Pauschalen. Für die freien Mitarbeiter bedeutet dies einerseits eine Vereinfachung der Abrechnung, die sie jetzt selbst durchführen wollen, andererseits werden Einnahmeverluste erwartet. Vor diesem Hintergrund haben alle freien Mitarbeiter den Vertrag mit dem Betreuungsverein zum 30. Juni 2005 gekündigt und werden ihre Betreuungen ab dem 01. Juli 2005 als Berufsbetreuer weiterführen. Die zuständigen Amtsgerichte haben nach Rücksprache mit der Betreuungsstelle keine Bedenken, die freien Mitarbeiter zukünftig als Berufsbetreuer zu bestellen, einen Betreuerwechsel wird es für die Betreuten nicht geben.

Der Betreuungsverein hat geprüft, ob er durch Erhöhung der Betreuungszahlen bei den fest angestellten Betreuern und alternative Angebote an die ehemaligen freien Mitarbeiter seine Finanzierung sichern kann. Die Prüfung hat ergeben, dass er sich dazu nicht in der Lage sieht und auf eine dauerhafte Bezuschussung durch den Landkreis angewiesen sein wird. Sollte der Landkreis die Defizite des Vereins nicht ausgleichen, strebt der Verein eine geordnete Abwicklung seiner Tätigkeit an.

Die Auflösung des Betreuungsvereins wird nicht zu einer Unterversorgung des Landkreises Cuxhaven mit Betreuern führen. Für das Führen von Betreuungen standen am 01.06.2005 im Landkreis Cuxhaven 2,5 Vereinsbetreuer, 18 freie Mitarbeiter des Betreuungsvereins und 12 Berufsbetreuer zur Verfügung. 95 % der Berufsbetreuer, die es bei Gründung des Vereins noch nicht gab, waren als fest angestellte oder freie Mitarbeiter beim Betreuungsverein beschäftigt. Durch den Wechsel in die Selbständigkeit sind für die Betreuten keine Nachteile entstanden, die Person des Betreuers hat sich für die Betreuten nicht geändert, lediglich deren Status. Eine Kontrolle der Berufsbetreuer findet durch die zuständigen Amtsgerichte statt. Im Landkreis Cuxhaven werden zurzeit 2.494 Personen betreut, 68,1 % von ehrenamtlichen Betreuern, 11,8 % von Berufsbetreuern, 16,8 % von freien Mitarbeitern und 3,4 % von festen Mitarbeitern des Betreuungsvereins. Bereits jetzt ist die Nachfrage nach Betreuungen deutlich größer als der Anfall von Betreuungen. Im Landkreis Cuxhaven sind mehr als ausreichend qualifizierte und kompetente Betreuer vorhanden. In der Betreuungsstelle melden sich immer wieder qualifizierte Bürger, die Berufsbetreuer werden möchten, zurzeit aber von der Betreuungsstelle nicht vorgeschlagen werden, da momentan kein Bedarf für weitere Betreuer besteht.

Die Querschnittsaufgaben, die der Betreuungsverein wahrnimmt und wofür er einen jährlichen Zuschuss des Landes in Höhe von 16.000,00 € erhält, wurden immer schon auch von der Betreuungsstelle wahrgenommen. Bei den Querschnittsaufgaben handelt es sich u. a. um die Gewinnung und Beratung ehrenamtlicher Betreuer und die Information über Vorsorgevollmachten. Die Betreuungsstelle wird durch ihre vielen Kontakte zu Bürgern im Rahmen der Sachverhaltsermittlung zur Feststellung des Betreuungsbedarfs sehr häufig zwecks Beratung und Hilfestellung in Anspruch genommen. Es ist nicht zu befürchten, dass die Betreuungsstelle ohne den Betreuungsverein weiteres Personal benötigen wird.

Da die Durchführung der Betreuung im Landkreis Cuxhaven auch ohne den Betreuungsverein gesichert ist und davon auszugehen ist, dass der Verein dauerhaft auf die finanzielle Unterstützung durch den Landkreis Cuxhaven angewiesen sein wird, sollte der Vertrag gekündigt werden. Gemäß § 9 kann der Vertrag schriftlich mit einer Frist von einem Jahr zum Jahresschluss gekündigt werden. Eine Kündigung im Jahre 2005 würde damit Ende 2006 wirksam werden.

Beschlussvorschlag:

Der Vertrag mit dem Betreuungsverein für den Landkreis Cuxhaven e. V.
vom 19.05.1993 wird zum nächstmöglichen Termin gekündigt.

Bielefeld